

PRESSEMITTEILUNG 20.04.2007

An die Redaktionen Berlin/Inland

Bundeswehrveranstaltungen in Berliner Arbeitsagenturen abgesagt

Die Veranstaltungen der Bundeswehr in den Arbeitsagenturen Berlin-Mitte und Berlin-Nord sind aufgrund angekündigter Proteste abgesagt worden. Am 26. April, am 10. Mai und am 31. Mai waren „Vorträge und Informationsgespräche“ der Wehrdienstberatung aus Berlin-Wedding in den Arbeitsämtern vorgesehen. Ein „Netzwerk für antimilitaristische Interventionen“ hatte mit Flugblättern und Informationsmaterialien auf zahlreichen Veranstaltungen und im Internet zur Störung dieser Rekrutierungsshow aufgerufen. Die Aufrufe zum Protest zeigten wie schon im März d.J. ihre Wirkung: Die Arbeitsagenturen luden die Bundeswehr nun wieder aus.

Die Berliner Arbeitsagenturen reagieren damit auf die Proteste ähnlich wie der Leiter des Arbeitsamts in Köln. Dieser hatte die Sprechstunden der Bundeswehr aufgrund der Proteste bis auf weiteres ausgesetzt, zugleich aber deren Notwendigkeit betont. „Auch in Berlin wird die Bundeswehr von den Arbeitsagenturen als Arbeitgeber geschätzt ohne zu reflektieren, dass eine Karriere bei der Bundeswehr auch im Zinksarg enden kann“, betont Roland Wohlgemuth vom Netzwerk für antimilitaristische Informationen. Er führte weiter aus: „Es ist nicht nur geschmacklos sondern unverantwortlich, junge Menschen in Perspektivlosigkeit für den Kriegsdienst zu ködern. Solche Werbeshows der Bundeswehr im öffentlichen Raum, an Schulen und Arbeitsämtern muss man bundesweit unterbinden.“

Die Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Berlin-Mitte und Berlin-Nord, Ramona Schröder und Petra Röhlinger, wurden vor einigen Tagen von den DemonstrantInnen aufgefordert, ein friedenspolitisches Zeichen zu setzen und die Bundeswehr auszuladen. Die DemonstrantInnen wiesen in ihrem Schreiben auf die Auswirkungen der gesellschaftlich umstrittenen Rekrutierungsveranstaltungen und Auslandseinsätze der Bundeswehr hin. Sie baten darum, anstelle der Bundeswehr selbst einen Informationsstand im Arbeitsamt aufzubauen und Informationsmaterialien verteilen zu dürfen. In ihren Antwortschreiben teilten die Behördensprecher mit, dass die Bundeswehr-Veranstaltung nicht stattfinden und der Bitte auf einen Infotisch im Arbeitsamt nicht entsprochen werden könne bzw. diese Anfrage als gegenstandslos angesehen werde. Auf die Kritik und die Proteste gingen sie nicht ein.

Die Berliner DemonstrantInnen und KriegsgegnerInnen können über die Absage aus der Arbeitsagentur zufrieden sein. Ein Termin für eine nächste Bundeswehr-Veranstaltung steht noch in den Sternen. Einige DemonstrantInnen zeigten sich aber auch enttäuscht: „Wir hatten so tolle Ideen, um die Werbeveranstaltung aus dem Ruder laufen zu lassen. Diese Ideen können wir nun gar nicht umsetzen, sondern müssen sie bis irgendwann einmal aufheben.“ Die DemonstrantInnen wollen langfristig das Veranstaltungsprogramm der Berliner Arbeitsagenturen im Blick behalten und umgehend Proteste organisieren, sobald die Bundeswehr wieder eingeladen wird. Und das könnte schon Ende Mai sein...

Kontakt: Roland Wohlgemuth, 0179-376 48 12